



AUSBLICKE

Viele offene Baustellen im Land!

Beurteilungen, Arbeitszeit und Bürokommunikation stehen auf der Agenda des Jahres 2006

Von Josef Schneider, GdP-Landesvorsitzender

Das Jahr 2006 hat begonnen. Alle reden und freuen sich über die kommende Fußballweltmeisterschaft. Viele hoffen, dass Deutschland zum vierten Mal Fußballweltmeister wird. Wirklich glauben werden es die wenigsten! Die WM 2006 wird einen Aufschwung bringen, das erhoffen sich Politiker und Wirtschaft. Wir hoffen das natürlich auch. Alles ist möglich, nichts ist sicher. Bis auf die Tatsache, dass die WM 2006 für die Beschäftigten der Polizei im Land vier harte Wochen bringen wird.

In diesem Jahr wird es aber auch wieder Beurteilungen geben. In der Auswertung der Workshops zur Evaluation der Beurteilungen kommt das Innenministerium zum Ergebnis, dass die nächste Beurteilungsrunde auf der Grundlage einer modifizierten VwV-Beurteilung Pol und unter Berücksichtigung der Arbeitsbelastung durch die Fußballweltmeisterschaft erst im Spätjahr 2006 durchgeführt werden soll. Die Modifizierungen müssen aber zunächst mit dem Hauptpersonalrat der Polizei „verhandelt“ werden.

Die Haltung der GdP dazu wird eindeutig sein. Wir halten uns an das, was wir vor den Personalratswahlen geschrieben haben. Wir sind für den Wegfall

der Spitzensätze bei den Beurteilungen! Die von der Polizeiführung beabsichtigte Reduzierung der Spitzensätze auf 15 Prozent ist deshalb mit uns nicht zu machen! Die Begründung dafür ist einfach. Solange nicht klar ist, wie das Land Baden-Württemberg nach dem Vollzug der Föderalismusreform die Besoldung der Beamtinnen und Beamten regeln wird, solange können wir zu einem solchen Ansinnen nur „nein“ sagen!

Einkommensverluste müssen verhindert werden!

Wenn nämlich auch unser Land die Besoldung nach den



Josef Schneider

Vorstellungen des Beamtenbundes regeln würde, dann würden ggf. bis zu 85 Prozent der Kolleginnen und Kollegen nicht mehr über die Leistungsstufe 2 hinauskommen. Real würde dies dann für die Betroffenen Einkommensverluste bedeuten. Dass unsere Landesregierung dem Ansinnen des Beamtenbundes durchaus positiv zugeneigt ist, hat sie bereits im Juli 2004 auf eine Große Anfrage der CDU-Fraktion bekundet. Deshalb darf das Thema „Spitzensätze“ nicht eindimensional betrachtet werden.

Flexibilisierung der Arbeitszeit

Am 1. Januar dieses Jahres ist die neue Arbeitszeit- und Urlaubsverordnung (AzUVO) des Landes in Kraft getreten. Durch diese Verordnung wurden sechs beamtenrechtliche Verordnungen (Arbeitszeit, Urlaub, Mutterschutz, Erziehungsurlaub, Arbeitssicherheit und Jugendschutz) in einer zusammengefasst. Das nennt man offiziell dann „Bürokratieabbau“, weil man die Zahl der Vorschriften zwar verringert, dafür aber einen „unübersichtlichen Moloch“ geschaffen hat. Bereits im Vorgriff hat das Innenministerium nach dem Inkrafttreten der neuen Arbeitszeitverordnung (AZVO) im August des vergangenen Jahres die Dienststellen gebeten, von der Möglichkeit der Erprobung neuer Arbeitszeitmodelle ausdrücklich hingewiesen. Zum wiederholten Male darf ich hier feststellen, dass die GdP nichts gegen neue Arbeitszeitmodelle hat, wenn sie nicht nur die Interessenlage der Dienststellen berücksichtigen.

Genauere Prüfung

Wir erwarten aber auch, dass die Landesregierung nach dem Übergang der besoldungsrechtlichen Zuständigkeiten die Rahmenbedingungen dafür schaffen wird, die 2003 bereits im Abschlussbericht einer von Herrn Wössner, PD Villingen-Schwenningen, geleiteten Projektgruppe gefordert wurden.

Leistungsbezogene Reform der Beamtenbesoldung wird kommen – auch in Baden-Württemberg

In einer Pressemeldung des Beamtenbundes Baden-Württemberg über ein Gespräch des Beamtenbundesvorsitzenden Stich mit Ministerpräsident Oettinger wird berichtet: „Auf eine Dienstrechtsreform im Zuständigkeitsbereich der Länder angesprochen, erklärte der Ministerpräsident, für ihn sei das vom dbb vorgelegte Reformkonzept die Grundlage aller Überlegungen.“

Damit ist klar, wohin der Zug rollen wird. Die Verlierer dieser Reform, die sich heute an der „Besitzstandswahrung“ festklammern, sollen sich aber eines Tages daran erinnern, wer ihnen „diese Suppe eingebrockt hat“.

Das Reformkonzept, auf das sich Herr Oettinger bezieht, ist das sog. „Eckpunktepapier“, das vom Beamtenbund, ver.di und dem damaligen Innenminister Schily vorgestellt wurde.

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

Wir sind dann dabei, wenn vor Ort im Einvernehmen mit den Personalräten sinnvolle Regelungen gefunden werden. Wir erwarten aber von unseren Personalräten, dass sie die Vorschläge der Dienststellen sehr genau prüfen, bevor sie ihre Zustimmung erteilen. Insbesondere sollten arbeitsmedizinische Begutachtungen vor einer Zustimmung eingeholt werden.

An dieser Stelle macht es auch Sinn, darauf hinzuweisen, dass sowohl die gleitende Arbeitszeit als auch der Dienst mit fünf Dienstgruppen von der GdP gegen erhebliche Widerstände aus den Dienststellen erkämpft werden musste.

ComVor vor dem Scheitern?

Wenn man zur Kenntnis nimmt, wie sich das Projekt ComVor in Baden-Württemberg entwickelt, dann ist man leicht geneigt, die Feststellung zu treffen, dass wohl erneut ein Verfahren für die Vorgangsbearbeitung der Polizei „an die Wand gefahren“ wird. Die Verantwortlichen winden sich unter Hinweis auf die Fußballweltmeisterschaft, diese Blamage zuzugeben. Statt die Pilotprojekte in Böblingen und Göppingen muss jetzt die PD Schwäbisch Hall als Rettungshalm herhalten. Denkt man in dieser Situation weiter an die bisherige Strategie, dann reichen für realistische Vorstellungen zur lan-

desweiten Realisierung von ComVor meterlange Terminpläne nicht aus. Wahrscheinlich wird uns dann die Entwicklung von Technik und Markt überholt haben – und es muss erneut irgendwie wieder ziemlich von vorne angefangen werden.

gehobener Dienst und zum Schluss der mittlere Dienst. Ich bin wirklich mal gespannt, wie das dann vielleicht modifizierte Beurteilungsverfahren vor dieser Beurteilungsrunde in der Polizei vermittelt und transparent gemacht wurde.

josch

Ziel verfehlt!

Kein Wunder also, dass die Polizeiführung das Ziel „Hohe Berufszufriedenheit“ aus ihren strategischen Zielen gestrichen hat. Warum sollte man sich auch ein Ziel vornehmen, das von vornherein unerreichbar scheint? Immerhin gibt es ja wieder eine Beurteilungsrunde, diesmal wohl in der Abfolge höherer Dienst,



Ausgabe:

Landesbezirk Baden-Württemberg

GdP-Geschäftsstelle:

Maybachstraße 2, 71735 Eberdingen
Telefon (0 70 42) 8 79-0
Telefax: (0 70 42) 8 79-2 11
E-Mail-Adresse:
info@gdp-bw.de
Internet: <http://www.gdp-bw.de>

Sozialwerk der Polizei:

Telefon: (0 70 42) 8 79-0
Telefax: (0 70 42) 8 79-2 22
Tonbandansage „Heißer Draht“ für kurzfristige Reisen oder Sonderangebote (0 70 42) 8 79-2 60
E-Mail-Adresse:
Info@psw-reisen.com
Internet: <http://www.psw-reisen.com>

Redaktion:

Wolfgang Schmidt (V.i.S.d.R.)
Bezirkspersonalrat der Polizei,
Neckarstr. 195, 70190 Stuttgart,
Telefon dienstlich: (07 11) 92 29-26 00
privat: (0 71 71) 6 13 85
Telefax: (0 71 71) 6 95 26
E-Mail: wschmi@t-online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 90
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Anzeigenleiter: Daniel Dias
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 29
vom 1. Januar 2005

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6381

TERMIN

JH KG Bepo Böblingen

Die Jahreshauptversammlung der Kreisgruppe der GdP Bereitschaftspolizei Böblingen findet am Dienstag, dem 14. März 2006, ab 16.30 Uhr im Eulentreff der

5. BPA Böblingen im Areal der Wildermuth-Kaserne statt.

Alle Mitglieder sind dazu herzlich eingeladen. *Wosch*

REDAKTIONSSCHLUSS

Bitte beachten:

Der Redaktionsschluss für das Landesjournal Baden-Württemberg im „März 2006“ ist Montag, der 6. Februar 2006, und für die „April-Ausgabe 2006“, Freitag, der 10. März 2006.

BESUCH

GdP im Gespräch mit dem neuen Leiter der Bereitschaftspolizei Baden-Württemberg

Göppingen. Im Dezember 2005 trafen sich der neue Direktor der Bereitschaftspolizei Baden-Württemberg Thomas Mürder, LtD. PD Helmut Baumann und Vertreter der Gewerkschaft der Polizei, an der Spitze der Landesvorsitzende Josef Schneider, zu einem Gespräch beim Bereitschaftspolizeipräsidium in Göppingen.

Insbesondere ging es um Fragen der Ausbildung, der Einstellungszahlen, Standortfragen, Länderübergreifende Einsätze und Verweilzeiten.

GdP-Landesvorsitzender Josef Schneider bedankte sich bei dem neuen Leiter der Bereitschaftspolizei Thomas Mürder für die Bereitschaft, dieses Gespräch mit der GdP zu führen. Schneider sprach die Alterspyramide der baden-württembergischen Polizei an. Man war sich schnell einig, dass man dieses Problem der wenigen Einstellungen und damit



V. l. n. r.: LtD. PD Helmut Baumann, Direktor der Bereitschaftspolizei Baden-Württemberg Thomas Mürder, GdP-Landesvorsitzender Josef Schneider und Hans-Jürgen Kirstein, GLV der GdP BW Bild: Wosch

verbunden natürlich die geringen Ausbildungszahlen, gemeinsam immer wieder der Landesregierung und den Landespolitikern vortragen und auf die Problemlage hinweisen muss. Schnei-

der führte aus, dass die GdP dieses Problem der „Ausschläge“ in der Alterspyramide schon vor zehn Jahren gesehen habe und 1996 ein sehr gutes Programm vorgelegt hat. Um eine kontinuierliche Ein-

stellungszeit. Es bestünde die Gefahr eines Einstellungsstopps von zwei bis drei Jahren.

Der Direktor der Bereitschaftspolizei Thomas Mürder wartete mit Zahlen auf. Er berichtete, dass der Außendienstanteil bei den Einsatzhundertschaften bei 75 Prozent liegt. Besprochen wurde auch, dass es im Gegensatz zum Streifenendienst bei den Beamtinnen und Beamten der Einsatzhundertschaften keine Vorsorgekuren geben würde, obwohl der Außendienst auch meistens zu sog. „ungünstigen Zeiten“ vertrieht wird.

Auch beim Nichtvollzug muss die Bereitschaftspolizei ein Einsparpotential bringen. Die entstandenen Lücken können auch nur durch den PVD geschlossen werden.

Nach einem etwa zweistündigen Gedankenaustausch wurde das Gespräch mit einem Ausblick auf das kommende Kastanienfest 2006 beendet.

Wosch



Aufmerksame Zuhörer, links Ralf Knospe, GdP-Geschäftsführer, rechts Uli Müller, Vorsitzender der GdP-Kreisgruppe Bepo Göppingen

Die Forderung nach einem Korridor der Ausbildung für die Polizei mit Mindestzahlen wurde diskutiert.

Gewarnt wurde auch vor einer plötzlichen Verlängerung der Le-

GdP fordert Verbesserung der Beförderungssituation im mittleren Dienst!

Gespräch mit der CDU-Fraktion im Landtag BW

Stuttgart. Kurz vor Weihnachten kamen Abordnungen der CDU-Landtagsfraktion und des geschäftsführenden Landesvorstands der GdP in Baden-Württemberg im Hause der Abgeordneten in Stuttgart zu einem Gespräch zusammen.

Der CDU-Fraktionsvorsitzende Stefan Mappus begrüßte den Landesvorsitzenden der GdP Josef Schneider und die weiteren Teilnehmer der GdP.

Josef Schneider freute sich, dass dieses Gespräch zustande gekommen ist und sagte MdL Mappus, dass die GdP mit sei-



Gespräch mit der CDU-Landtagsfraktion v. l. n. r.: Rolf Kurz, MdL, Dr. Thilo Traub, Fraktionsgeschäftsführer, Stefan Mappus, MdL, Fraktionsvorsitzender, Hans Heinz, MdL, Vorsitzender AK VI, Thomas Blenke, MdL, Polizeisprecher der CDU-Landtagsfraktion
Bild: Wosch

Polizeimeister verdienen zu wenig

nem Vorgänger, dem jetzigen Ministerpräsidenten G. Oettinger, immer ein offenes und konstruktives Gespräch geführt habe.

„Information ist alles und wir müssen rechtzeitig miteinander reden“, so Schneider.

„Polizeimeister verdienen zu wenig“, dieser Ausspruch stammt

von unserem Ministerpräsidenten und kann von der GdP nur unterstrichen werden, meinte Schneider weiter. Der Fraktionsvorsitzende Stefan Mappus erwi-

derte, dass es zwar stimme, dass ein Polizist wenn er jung sei nicht so viel verdienen würde, dafür seien aber dann die Pensionen zu hoch. Die Pensionslasten würden das Land erdrücken und deshalb müssten die Pensionslasten umgesteuert werden.



Die Gespräche mit der CDU-Landtagsfraktion führten von der GdP v. l. n. r.: Josef Schneider, Landesvorsitzender, Rüdiger Seidenspinner und Wolfgang Kircher. Nicht auf dem Bild Wolfgang Schmidt
Bild: Wosch

Lebensarbeitszeit

Die Frage der Verlängerung der Lebensarbeitszeit nahm einen breiten Raum in der Diskussion ein. Mit 60 Jahren kann man keinen Schichtdienst mehr machen, war aus den Reihen der Gesprächspartner der CDU zu hören.

Die Frage der Verlängerung der Lebensarbeitszeit hängt eng auch mit den Einstellungszahlen in die Polizei zusammen.

Vorausschauende Einstellung

„Bewerber gibt es bei der Polizei viele“, so Schneider. Er for-

GESPRÄCH

derte eine vorausschauende Einstellung in die Polizei. Es ist wichtig, den Altersaufbau zu nivelieren.

Die Devise muss sein: „Mehr Einstellungen jetzt und später Ausgleich mit KW-Stellen“.

Durch die wenigen Einstellungen haben die Ausbildungsdienststellen immer mehr Probleme. Einerseits müssen sie ihren hohen Stand vorhalten und andererseits haben sie zuviel Lehrer an Bord.

Dies wurde den Abgeordneten an manchen Beispielen deutlich gemacht.

Beförderungssituation mittlerer Dienst

GdP-Landesvorsitzender Schneider forderte eine Verbesserung der Situation im mittleren Dienst. Es gehe nicht an, dass BW das Schlusslicht bilde bei dem Anteil der Beamtinnen und Beamten in den Besoldungsgruppen A 7 und A 8. In einem Bundesland, das nach Aussage unseres Ministerpräsidenten mit Bayern zusammen noch der Motor in Deutschland sei, kann es nicht angehen, dass bei uns 24 Prozent aller Polizisten in den Besoldungsgruppen A 7 und A 8 sind und im Bundesdurchschnitt sind es 12,4 Prozent. Die Verweilzeiten zwischen den einzelnen Besoldungsgruppen steigen dramatisch an.

Dazu führte der Fraktionsvorsitzende Stefan Mappus aus, dass der Ministerpräsident dies erkannt habe und die Idee vom sog. „atmenden Stellenplan“ verfolgen würde.

Allerdings räumte MdL Mappus ein, dass die Einführung eines solchen Stellenplanes kostenneutral zu erfolgen habe.

Es wurden weitere Problemkreise besprochen, so auch NSI. Die GdP forderte die CDU-Landtagsfraktion auf dafür zu sorgen, dass KZM eingestampft wird, wie in NRW.

TAGUNG

„Zukunftsfähige Sicherheitsplanung für Baden-Württemberg“

Einladung zu einer Fachtagung der SPD-Landtagsfraktion

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Anforderungen im Bereich der inneren Sicherheit haben sich – nicht nur wegen der angespann-

umfassende und verlässliche Sicherheitsplanung für unsere Sicherheitsbehörden. Hierzu sind gemeinsame Anstrengungen notwendig, die auch vor den Struk-

Kollegen ganz herzlich ein zur Fachtagung

„Zukunftsfähige Sicherheitsplanung für Baden-Württemberg“

am Montag, 13. Februar 2006, 11.00 bis ca. 15.00 Uhr, im Haus des Handwerks, Meistersaal, Allee 76, 74072 Heilbronn.

Wir freuen uns sehr, dass wir für unsere Veranstaltung unter anderem den Innenminister des Landes Schleswig-Holstein, Herrn Dr. Ralf Stegner, gewinnen konnten.

Über ihre Teilnahme freuen wir uns sehr. Falls Sie verhindert sein sollten, wären wir ihnen dankbar, wenn Sie eine Vertreterin oder einen Vertreter benennen könnten.

Für weitere Fragen steht Ihnen unsere Mitarbeiterin, Frau Kaija Büscher (Telefon 07 11/ 20 63-7 79), sehr gerne zur Verfügung.

Mit den besten Wünschen für ein erfolgreiches neues Jahr 2006 verbleibe ich, bis zum 13. Februar 2006, mit freundlichen Grüßen

**Wolfgang Drexler MdL
Fraktionsvorsitzender**

Programm	
„Zukunftsfähige Sicherheitsplanung für Baden-Württemberg“	
ab 11.00 Uhr	Eintreffen und Begrüßungsimbiss
11.30 Uhr	Begrüßung Günter Fischer MdL Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion Polizeisprecher
11.45 Uhr – 12.15 Uhr	„Keine Chance dem Terror – Ursachenbekämpfung, Prävention und Strafverfolgung“ Dr. Ralf Stegner Innenminister des Landes Schleswig-Holstein
12.15 Uhr – 12.30 Uhr	„Verlässliche Sicherheitspolitik für Baden-Württemberg“ Ute Vogt Parlamentarische Staatssekretärin a. D. Vorsitzende der SPD Baden-Württemberg
12.30 Uhr – 13.00 Uhr	„Moderne Sicherheitsstruktur für eine Polizei im Wandel“ Josef Schneider Landesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP) Joachim Lautensack Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG)
13.00 Uhr – 14.30 Uhr	Diskussion Moderation und Schlusswort: Reinhold Gall MdL Vorsitzender des Innenausschusses des Landtags von Baden-Württemberg
14.30 Uhr	Imbiss

Wosch

ten Sicherheitslage mit terroristischer Bedrohung – sowohl in quantitativer als auch in qualitativer Hinsicht wesentlich erhöht. Diese neue Dimension der Sicherheitsprobleme erfordert eine

turen in Baden-Württemberg nicht halt machen. Über dieses Thema wollen wir gerne gemeinsam mit ihnen diskutieren.

Die SPD-Landtagsfraktion lädt Sie und ihre Kolleginnen und

Anzeige

KK z. A. beim BKA sucht Tauschpartner aus BW von A9–A11. Beamte der Schutzpolizei können nach Feststellung der Eignung in einem Auswahlverfahren ebenfalls übernommen werden. Nach Möglichkeit Bereich Mannheim oder Regierungsbezirk Karlsruhe, aber nicht zwingend, Hauptsache BW. Nach bestandenen Eignungstest inkl. 3monatigem „Probearbeiten“ steht eine Bewerbung in alle Referate und Dienstorte (Wiesbaden/Berlin/Meckenheim) offen.

Kontakt bitte per E-Mail an:
mnrniceguy123456@gmx.de

„Mobbing und andere Katastrophen am Telefon“

Ein Seminar des Landesfrauenvorstands in Zusammenarbeit mit dem Polizeipfarramt Stuttgart

Am 9. November hatte der Landesfrauenvorstand zu einem Seminar „Mobbing und andere Katastrophen am Telefon“ eingeladen.

Als Referentin konnte Kirchenrätin Eva-Maria Agster vom Polizeipfarramt Stuttgart und die Leiterin der GdP-Rechtsabteilung Sandra Leese gewonnen werden.

14 Teilnehmerinnen und Teilnehmern wurde in dieser Tagesveranstaltung der Unterschied zwischen Kränkungen am Arbeitsplatz und Mobbing verdeutlicht.

Kränkungen am Arbeitsplatz sind wesentlich häufiger als Mobbing, entfalten aber nur bei entsprechender Disposition des Betroffenen ihre volle Wirkung.

Kränkungen sind abhängig von:

- eigenen wunden Punkten
- der Bereitschaft, die Schuld am eigenen Elend grundsätzlich bei anderen zu suchen
- der Ablehnung der Verantwortung für die eigenen Gefühle
- der Bereitschaft, Dinge die uns widerfahren, immer als gegen uns gerichtet anzusehen

Die Größe der Kränkung die einen Menschen trifft, ist abhängig vom Selbstwertgefühl des Betroffenen.

Hilfe für Betroffene kann über emotionale Zuwendung ohne Übernahme der Opferperspektive erfolgen.

Im Gegenzug zur Kränkung wird Mobbing beschrieben als: feindselige Einstellungen und die sich daraus ergebenden Verhaltensweisen im Arbeitsleben, die sich systematisch gegen eine oder mehrere Personen richten. Im Gegensatz zu alltäglichen Meinungsverschiedenheiten oder Kränkungen werden Konflikte nicht offen ausgetragen, sondern bestehen unterschwellig weiter.

Charakteristisch für Mobbing ist, dass destruktive Aktionen

- im Regelfall lang andauern
- systematisch und
- oft auch in kaum erkennbarer

Form stattfinden.

Ziel jeden Mobbings ist, die Betroffenen aus zwischenmenschlichen Beziehungen herauszudrängen.

Es ist davon auszugehen, dass die Ursachen für offene Konflikte zumeist dieselben sind, die auch Mobbing-Prozesse einleiten. Ob es jedoch zu einer Mobbing-Situation mit negativer Auswirkung kommt, hängt entscheidend davon ab, ob sich der Mobbing-Prozess ungehindert entfalten kann, d. h. niemand wirkungsvoll eingreift.

Kennzeichnend für Mobbing ist u. a. der Missbrauch von Privilegien in körperlicher, psychischer oder sozialer Hinsicht zulasten Schwächerer.

Wirkungsvolle Hilfe für die Betroffenen ist über das Einlegen von Rechtsmitteln nicht zu erlangen. Frau Leese machte deutlich, dass wenn der Arbeitsplatz erhalten bleiben soll, eine Schadensersatzklage oder eine Anzeige wegen Körperverletzung und/oder Beleidigung das Klima am Arbeitsplatz endgültig zerstört.

Wichtiger als der Klageweg ist eine positive Zukunftsperspektive am Arbeitsplatz zu entwickeln. Hierzu kann die Einschaltung von Personalräten,



Unser Bild zeigt links die Landesfrauenvorsitzende Dagmar Hölzl und rechts Frau Kirchenrätin Eva-Maria Agster.

Beauftragten für Chancengleichheit und Vertrauenspersonen für Schwerbehinderte hilfreich sein.

Diese verfügen auch über Adressen von Fachberatungsstellen zum Thema Mobbing.

Betroffenen wird angeraten, auf jeden Fall ein Mobbing-Tagebuch zu führen und sich gemeinsam mit den o. g. Ansprechpersonen an die Vorgesetzten zu wen-

den. In der Polizei Baden-Württemberg besteht eine Dienstvereinbarung zum Schutz von Beschäftigten vor Mobbing am Arbeitsplatz. Diese Dienstvereinbarung verpflichtet Vorgesetzte beim Auftreten von Mobbing Maßnahmen zum Schutz der Betroffenen zu ergreifen.

Dagmar Hölzl
Landesfrauenvorsitzende

Dienststellenbesuche am Heiligen Abend

Wie in jedem Jahr besuchte der Böblinger Kreisgruppenvorsitzende Wolfgang Kircher, der auch Mitglied des geschäftsführenden GdP-Landesvorstandes und Personalratsvorsitzender der PD Böblingen ist, am Heiligen Abend die Dienststellen im Kreis Böblingen. Als kleines Dankeschön überreichte er den Kolleginnen und Kollegen Kaffee und einen Christstollen. **Wok**



Wolfgang Kircher bei der Übergabe des Weihnachtsgeschenkes.



Mit dem Sozialwerk auf Sparkurs !!!

Alle Mitglieder der Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk Baden-Württemberg e.V. erhalten auf Antrag kostenlos eine Kundenkarte des Sozialwerks der Polizei GmbH.

Nutzen Sie diese Möglichkeit zu sparen, Sie erhalten:

1. Auf alle bei unserem Kooperationspartner PSW-Reisen gebuchten Reisen einen Reisekostenzuschuß von 5 % für die ganze Familie!
2. Die Möglichkeiten des günstigen Wareneinkaufes, z. B. unschlagbare Rabatte auf alle rezeptfreien Medikamente in unserer Internet-Apotheke sowie sagenhafte Preise beim Neuwagenkauf

Ständig sind wir auf der Suche nach neuen Sozialwerk-Partnern und schließen für unsere Mitglieder attraktive Rahmenverträge ab. So kommen Sie in den Genuß von satten Prozentsätzen beim Einkauf und sparen bares Geld.



Preisvorteile bis zu **45%**

Eine stets aktuelle Liste der angeschlossenen Geschäfte sowie weitere Informationen finden Sie unter: www.sozialwerk-bw.de

Sie wollen auch von den günstigen Konditionen profitieren? Dann fordern Sie unsere kostenlose Kundenkarte per Mail unter kundenkarte@sozialwerk-bw.de oder telefonisch unter 07042/879-0 an. (nur für Mitglieder der Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk Baden-Württemberg e.V.)

Sozialwerk der Polizei GmbH

Landesbezirk Baden-Württemberg · Maybachstraße 2 · 71735 Eberdingen-Hochdorf · Telefon 070 42/879-0 · Telefax 070 42/879 -211
www.sozialwerk-bw.de · info@sozialwerk-bw.de



Brasilianische Horizonte 12-tägige Rundreise, mit Varig ab/bis Deutschland



Brasilien, das klingt nach Samba, nach Copacabana, nach beschwingtem Leben jenseits aller Alltagsorgen. Brasilien, das ist auch faszinierende Naturschönheit mit malerischen Bergpanoramen, dem zentralen Hochland, dem grandiosen tropischen Regenwald und scheinbar endlosen

Stränden. Entdecken Sie die quirlige Metropole am Zuckerhut – Rio de Janeiro. Freuen Sie sich auf Naturerlebnisse der besonderen Art bei den Iguacu-Wasserfällen und erleben Sie im Anschluss die „brasilianischste aller Städte“, Salvador da Bahia.

Abflugtermine: 27.2. bis 15.5. und 25.9. bis 13.11.2006
 Badeverlängerung in Salvador da Bahia möglich

Reiseverlauf:

1. Tag: Deutschland – Rio de Janeiro
2. Tag: Stadtrundfahrt Rio de Janeiro (fakultativ)
3. Tag: Ausflug Corcovado (fakultativ)
4. Tag: Ausflug Tropical Island (fakultativ)
5. Tag: Rio de Janeiro – Iguassu-Wasserfälle (fakultativ)
6. Tag: Iguassu-Wasserfälle argentinische Seite (fakultativ)
7. Tag: Iguassu – Manaus
8. Tag: Dschungelwanderung
9. Tag: Manaus – Salvador da Bahia
10. Tag: Salvador da Bahia – Historische Stadtrundfahrt (fakultativ)
11. Tag: Salvador da Bahia – Deutschland
12. Tag: Deutschland

Badeverlängerung in Salvador da Bahia
 Badehotel Catussaba Resort

Reisepreis pro Person im DZ **ab 1.995 Euro**

Fordern Sie unsere ausführlichen Unterlagen an.



PSW-Reisen · Maybachstr. 2 · 71735 Eberdingen
 Telefon 070 42/879224 · Telefax 070 42/879222
 Internet: www.psw-reisen.com · E-Mail: info@psw-reisen.com

Pressemitteilung der SPD BW zu Stellenstreichungen bei der Polizei

Stuttgart. „Innere Sicherheit gibt es in Baden-Württemberg nur noch nach Kassenlage“, so die Landesvorsitzende der SPD, Ute Vogt, in einem Presseartikel im Dezember 2005.

Die SPD-Landesvorsitzende Vogt hat die Innenpolitik von Ministerpräsident Oettinger und Innenminister Rech scharf kritisiert. „Innere Sicherheit gibt es in Baden-Württemberg nur noch nach Kassenlage“, sagte Vogt. „Vor dem Hintergrund massiver Stellenstreichungen, dem drastischen Abbau von Ausbildungs-

plätzen und der Ausdünnung von Polizeiposten stehen wir vor einer beängstigenden Entwicklung.“

Die SPD-Chefin wies darauf hin, dass trotz immer schlechter werdender Arbeitsbedingungen – die Polizei im Land hat derzeit einen Überstundenberg von 1 287 751 Stunden – die Landesregierung an ihrem Stellenabbauprogramm festhält und bis zum Jahr 2012 insgesamt 1901 Stellen bei der Polizei streichen will. 799 Stellen sollen im Polizeivollzugsdienst und 1102 Stellen bei den Verwaltungsbeamten, Angestellten und Arbeitern wegfallen. „Für das Personal bei der Polizei bringt dies einen noch

höheren Arbeitsdruck, obwohl dort die Arbeitskapazität schon zum Äußersten angespannt ist. Für die Bürgerinnen und Bürger wird sich dies in einem deutlich schlechteren Sicherheitsstandard niederschlagen“, erklärte Vogt. „Dafür tragen der Ministerpräsident und der Innenminister die Verantwortung.“

Die Spitzenkandidatin der SPD bemängelte, der Landesregierung fehle für die Personalentwicklung der Polizei ein in sich schlüssiges und nachvollziehbares Konzept. So seien die Ausbildungszahlen dramatisch abgesenkt und erst nach lautem öffentlichen Protest wieder geringfü-

gig angehoben worden. Gerade im Hinblick auf die bevorstehenden Pensionierungen von mindestens 3293 Beamten bis 2012 müsse deshalb mehr Polizeinachwuchs eingestellt werden.

Ute Vogt: „Wir brauchen eine kontinuierliche Einstellungszahl, um die Arbeit der Polizei und die innere Sicherheit im Land auf eine verlässliche Grundlage zu stellen. Wir wollen die Polizeidichte in Baden-Württemberg gewährleisten.“

LETZTE MELDUNG

Atmender Stellenplan

Die Stuttgarter Nachrichten berichteten zum Jahreswechsel, dass die CDU bei ihrem Parteitag am 28. Januar 2006 ein Wahlprogramm verabschieden will, das 1400 Stellenhebungen für Polizeimeister/Polizeiobermeister vorsehen soll.

Wir haben den Parteien zur Wahl entsprechende Fragen gestellt. Über die Antworten werden wir in der März-Ausgabe der Deutschen Polizei berichten. Eines darf man aber jetzt schon feststellen: Vom angekündigten „atmenden Stellenplan“ des Ministerpräsidenten scheint am Ende nicht viel übrig zu bleiben. Aber auch hier gilt, der Spatz auf der Hand ist mir lieber wie die Taube auf dem Dach.

Die SPD hat auf ihrem Parteitag beschlossen. „Wir werden den Rückzug der Polizei aus der Fläche stoppen und ihre Einsatzkraft durch Einstellung von

Nachwuchskräften sichern. Wir werden endlich die zweigeteilte Laufbahn verwirklichen und das Anti-Terror-Programm absichern. Die Kommunale Kriminalprävention muss fortgeführt werden.

Vor einer Bewertung wollen wir aber abwarten, was uns die Parteien vor der Landtagswahl wirklich versprechen.“

Wosch



Der Landesfrauenvorstand tagte in der GdP-Geschäftsstelle. Die Themen waren: Aufgabenverteilung im neu gewählten Landesfrauenvorstand, Vorbereitung der Anträge für die Bundesfrauenkonferenz 2006, Diskussion über das neue Chancengleichheitsgesetz, Beurteilungen u. v. m.

cf

Berufung

Stuttgart. Unsere Kollegin Gabriele Troschke wurde als ehrenamtliche Richterin beim

Arbeitsgericht Stuttgart ab dem 21. 1. 2006 berufen.

Die Gewerkschaft der Polizei in Baden-Württemberg gratuliert dazu herzlich.

Wosch